

DeepRoot Solutions
Oktober 2026

Wege aus der Wirtschaftskrise im Jemen

*Prioritäten für Stabilisierung, Erholung
und internationales Engagement*

**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

FES Büro Jemen, Aden

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Dr. Marie-Christine Heinze, CARPO

Kontakt

Astrid Becker
Astrid.Becker@fes.de

Design/Layout

Rohtext, Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Oktober 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
➤ www.fes.de/publikationen

DeepRoot Solutions
Oktober 2026

Wege aus der Wirtschaftskrise im Jemen

*Prioritäten für Stabilisierung, Erholung
und internationales Engagement*

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	3
Akronyme / Abkürzungen	3
Zusammenfassung	4
Einleitung	5
1. Die wirtschaftliche Lage	6
2. Reformbemühungen der Regierung	11
3. Hemmnisse für Reformen	14
4. Ein sich schließendes Zeitfenster: Schlussfolgerungen und Implikationen ..	16
5. Empfehlungen für europäische und internationale Partner	17
Bibliographie	19
Über das Projekt, Danksagung und über DeepRoot	20

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Die Produktionsverluste im Jemen sind zu einer strukturellen Belastung für die Stabilisierung geworden

Abb. 2: Zusammensetzung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, 2021–2025

Abb. 3: Entwicklung der öffentlichen Finanzen, 2020–2025 (% des BIP)

Abb. 4: Eingegangene humanitäre Finanzierung im Jemen, 2019–2025

Akronyme / Abkürzungen

AML/CFT	Anti-Money-Laundering and Countering the Financing of Terrorism
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CBY	Central Bank of Yemen
FTO	Foreign Terrorist Organization
IDA	International Development Association
IWF	Internationaler Währungsfonds
PLC	Presidential Leadership Council
PPP	Public–Private Partnership
SMP	Staff-Monitored Program
YER	Yemeni Rial

Zusammenfassung

Die jemenitische Wirtschaft steuert auf ihr fünftes aufeinanderfolgendes Jahr der Schrumpfung zu. Zugleich kann die Regierung im vergangenen Jahr die bislang deutlichsten Reformfortschritte seit Beginn des Konflikts vorweisen. Seit August 2025 ist der jemenitische Rial in den von der Regierung kontrollierten Gebieten weitgehend stabil geblieben. Dazu beigetragen haben Maßnahmen der Zentralbank des Jemen (Central Bank of Yemen, CBY) sowie finanzielle Unterstützung durch Saudi-Arabien. Die Regierung hat den für die Zollberechnung maßgeblichen Wechselkurs auf das Marktniveau angehoben, die Gouvernorate angewiesen, zentrale Staatseinnahmen auf das allgemeine Staatskonto zu überweisen, und die Importfinanzierung über lizenzierte Banken kanalisiert. Darüber hinaus hat sie neue nationale Zahlungsinstitutionen geschaffen, eine Politik für öffentlich-private Partnerschaften beschlossen und befindet sich im Prozess der Verabschiedung der ersten jemenitischen Exportstrategie für die Landwirtschafts- und Fischereisektoren. Die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) nach einer elfjährigen Unterbrechung hat zudem zu einem 18-monatigen Staff-Monitored Program geführt, das einen Rahmen für die Messung der Reformfortschritte schafft.

Diese Reformen schreiten schneller voran als die zu ihrer nachhaltigen Umsetzung erforderliche Finanzierung. Die Ölexporte bleiben ausgesetzt, die Einnahmenerhebung ist weiterhin fragmentiert, und Stromsubventionen verschlingen rund ein Fünftel der öffentlichen Ausgaben. Die Stromkrise verkörpert dabei zwei der größten Herausforderungen der Regierung: Sie ist einerseits ein Versagen staatlicher Dienstleistungen, das die Bevölkerung tagtäglich zu spüren

bekommt, und andererseits eine fiskalische Belastung, die der Staatshaushalt nicht tragen kann. Gleichzeitig ist die humanitäre Finanzierung für den Jemen von 3,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019 auf 0,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2025 zurückgegangen. Bis zur Jahresmitte war lediglich rund ein Fünftel des Finanzierungsbedarfs für 2026 gedeckt. Dadurch wird den Haushalten genau in dem Moment die Unterstützung entzogen, in dem sie von fiskalischen Anpassungsmaßnahmen betroffen sind und eine erneute Eskalation der Kampfhandlungen ihre Notlage weiter verschärft.

Was den gegenwärtigen Moment von früheren Phasen unterscheidet, ist die Tatsache, dass die Reformen trotz erneuter nationaler und regionaler Eskalationen zwischen Januar und August 2026 vorangetrieben wurden. Seit dem 9. August jedoch, als die Huthis eine Offensive gegen al-Mokha begannen, ist der jemenitische Konflikt in eine deutlich ernstere Phase eingetreten. Am 4. Oktober kündigte der Vorsitzende des Präsidialrats der Regierung (Presidential Leadership Council, PLC) eine umfassende Militäroperation an, um die verlorenen Gebiete zurückzuerobern und die staatliche Autorität im gesamten Land wiederherzustellen. Die Regierung steht nun vor der Herausforderung, einen Krieg zu führen und gleichzeitig staatliche Institutionen aufzubauen. Für europäische und andere internationale Partner stellt sich daher nicht die Frage, ob die jemenitischen Institutionen zu Reformen fähig sind, sondern ob externe Unterstützung eintrifft, solange diese Fähigkeit noch besteht. Dieses Papier skizziert sieben Bereiche, in denen europäisches Engagement bereits laufende Reformen stärken würde – in einer Phase, in der sich die Kosten unterstützender Unterstützung stetig erhöhen.

Einleitung

Dieses Papier untersucht die wirtschaftliche Lage des Jemen in den von der Regierung kontrollierten Gebieten und zeigt auf, in welchen Bereichen europäische und andere internationale Partner den wirksamsten Beitrag leisten können. Es erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem die im August 2026 wieder aufgeflammt Kämpfe zur prägenden Realität der jemenitischen Politik geworden sind und die Fähigkeit der Regierung zu regieren gegen ihre Fähigkeit, Krieg zu führen, auf die Probe gestellt wird. Es argumentiert, dass die Reformbilanz der Regierung im vergangenen Jahr ein enges, aber reales Zeitfenster für wirtschaftliche Erholung geöffnet hat und dass die größte Gefahr für dieses Zeitfenster nicht in einem Mangel an Reformen liegt, sondern in einer unzureichenden Finanzierung, die notwendig wäre, um Reformen dauerhaft tragfähig zu machen.

Das Papier analysiert die wirtschaftlichen und fiskalischen Entwicklungen in der ersten Hälfte des Jahres 2026, die Reformmaßnahmen der Regierung und erste Ergebnisse, die ihre Umsetzung gefährdenden Faktoren sowie die daraus resultierenden Implikationen für internationales Engagement. Abschließend formuliert es Empfehlungen, die darauf abzielen, von der Regierung geführte Reformen zu stärken, anstatt an ihre Stelle zu treten.

1. Die wirtschaftliche Lage

1.1 Eine Wirtschaft unter anhaltendem Druck

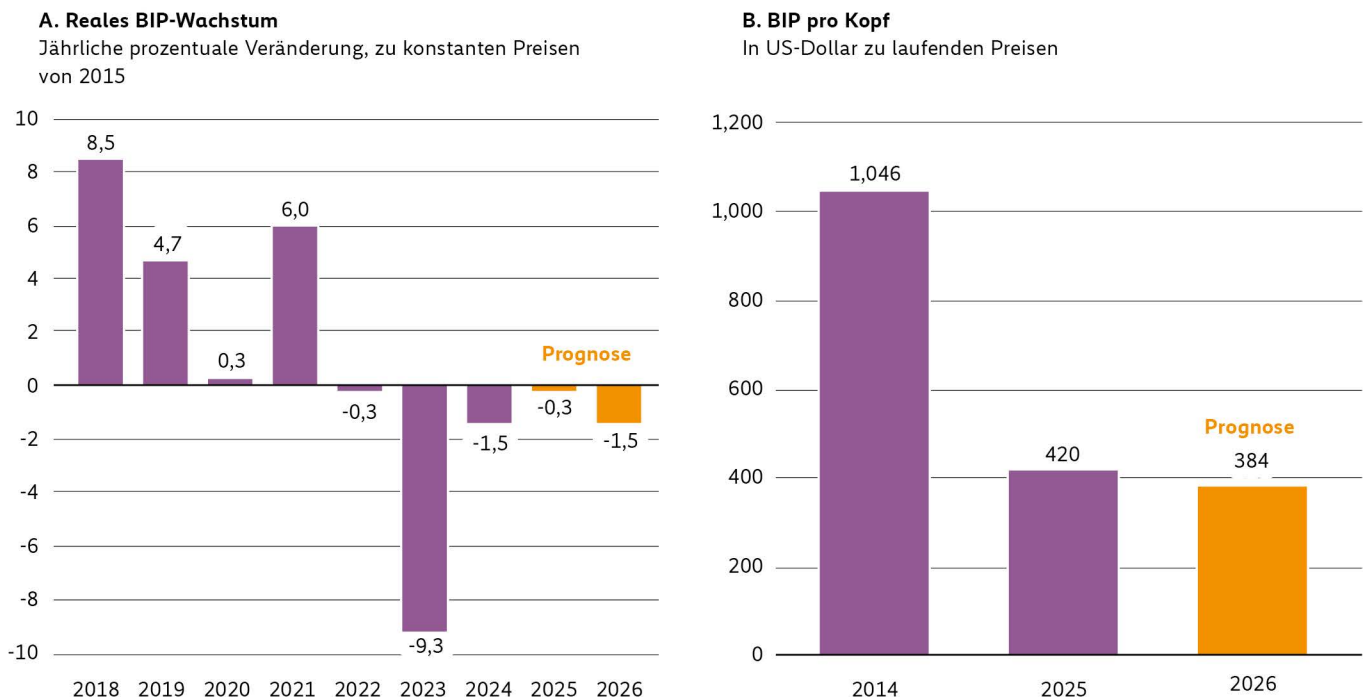
Der mehr als ein Jahrzehnt andauernde Konflikt hat die jemenitische Wirtschaft tiefgreifend geschwächt. Er hat das Land faktisch in zwei getrennte Wirtschaftssysteme in den von der Regierung beziehungsweise den Huthis kontrollierten Gebieten aufgespalten, zwei Wechselkursregime hervorgerufen sowie staatliche Institutionen und die Erhebung öffentlicher Einnahmen fragmentiert. Nach den Angriffen der Huthis auf Ölexportanlagen in den Gouvernoraten Hadhramaut und Schabwa im Oktober 2022 sind die Rohöl-exporte seit Januar 2023 ausgesetzt (IWF 2026a, S. 6).

Ein weiterer Schock traf die jemenitische Wirtschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2026. Am 9. August starteten Huthi-Kräfte eine Offensive zur Einnahme von Gebieten im Raum Bab al-Mandab, durch das ein erheblicher Anteil der

weltweiten Öltransporte verläuft (Al-Qadhi 21.09.2026; Al Jazeera 04.10.2026). Die vom Vorsitzenden des Präsidialrats am 4. Oktober angekündigte Kampagne zur Rückeroberung dieses Gebiets läuft inzwischen parallel zu Kämpfen an mehreren anderen Fronten (Al Jazeera 04.10.2026). Die wirtschaftlichen Folgen zeichnen sich bislang erst ab, treffen jedoch auf eine Wirtschaft, die kaum noch in der Lage ist, weitere Belastungen aufzufangen. Die kumulativen Auswirkungen sind erheblich. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte zwischen 2014 und 2025 um rund 27 Prozent, das Pro-Kopf-BIP sank von etwa 1.046 US-Dollar auf 420 US-Dollar, und die Staatseinnahmen ohne Zuschüsse gingen von 22,5 Prozent des BIP im Jahr 2014 auf weniger als 12 Prozent im Jahr 2024 zurück (IWF 2026a, S. 5-6). Im Juli 2026 prognostizierte der IWF für das Jahr 2026 das fünfte aufeinanderfolgende Jahr wirtschaftlicher Schrumpfung mit einem Rückgang von 1,5 Prozent (IWF 2026b).

Die Produktionsverluste im Jemen sind zu einer strukturellen Belastung für die Stabilisierung geworden

Abb. 1



Quelle: Internationaler Währungsfonds (2026a), Staff Report, S. 24; IWF (2026b).

Die sozialen Folgen sind entsprechend gravierend: Die Jugendarbeitslosigkeit wird auf 32,4 Prozent geschätzt, verglichen mit 25,9 Prozent in der arabischen Region und 13,6 Prozent weltweit. Zudem belegt der Jemen im Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index) Rang 184 von 193 Staaten (MoPIC und UNICEF 2026, S. 6, 9). Dies sind die Bedingungen, unter denen die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen umgesetzt werden.

1.2 Wechselkursstabilität als deutlichster Reformgewinn

Vor diesem Hintergrund sticht die Stabilisierung des jemenitischen Rial (YER) in den von der Regierung kontrollierten Gebieten als bedeutendster wirtschaftlicher Erfolg der vergangenen zwei Jahre hervor. Der Rial wertete in zwei Phasen auf: von rund 2.900 YER auf etwa 1.630 YER je US-Dollar im August 2025 und anschließend auf etwa 1.560 YER bis Februar 2026, wo er seither weitgehend stabil geblieben ist (CBY 2026b, S. 18).

Dies war kein Zufallsprodukt. Die finanzielle Unterstützung Saudi-Arabiens stellte zwar einen unverzichtbaren externen Stabilisierungsanker dar, doch beruhte die Verbesserung auf einer Reihe gezielter Maßnahmen: der Abwicklung der Importfinanzierung über lizenzierte Banken, der Einrichtung des National Committee for Import Regulation and Financing, der Stärkung der Devisenaufsicht, der Schließung von Wechselstuben, die an spekulativen Geschäften beteiligt waren, der Beibehaltung einer zurückhaltenden Geldpolitik und einer restriktiven Ausgabe neuer Banknoten sowie der Durchführung wettbewerblicher und transparenter Devisenauktionen (IWF 2026a, S. 9-13). Zusammengefasst zeigen diese Maßnahmen, dass Wechselkursstabilität im Jemen durch nationale Politikmaßnahmen erreichbar ist und nicht allein von externen Finanztransfers abhängt.

Die Aufwertung des Rial hat zwar für eine gewisse Entlastung gesorgt, die grundlegenden strukturellen Schwächen der Wirtschaft jedoch nicht beseitigt. Das Angebot an Devisen hängt weiterhin von Zuschüssen, Rücküberweisungen von Jemenit:innen im Ausland sowie begrenzten Exporten ab. Zudem importiert der Jemen schätzungsweise 90 Prozent seiner Nahrungsmittel, und für 2026 wurde ein Leistungsbilanzdefizit von rund 3,4 Prozent des BIP prognostiziert (IWF 2026a, S. 5, 27). Diese Wirtschaftsstruktur führt dazu, dass externe Schocks rasch auf die Binnenwirtschaft durchschlagen: Steigende Weltmarktpreise für Nahrungsmittel oder Treibstoffe sowie höhere Transport- und Seeverversicherungskosten wirken sich innerhalb weniger Wochen auf die lokalen Preise aus.

Die Entwicklungen in der ersten Hälfte des Jahres 2026 verdeutlichen diese Anfälligkeit. Infolge der regionalen Eskalation stiegen die lokalen Preise für Benzin und Diesel gegenüber ihrem Niveau vom Februar um 26 beziehungsweise 30 Prozent (WFP 2026, S. 1), während sich die Kosten

des Mindestwarenkorb zwischen Dezember 2025 und Juli 2026 um 3,9 Prozent auf 132.861 YER erhöhten (FAO 07.09.2026). Die kumulierte monatliche Inflation in den von der Regierung kontrollierten Gebieten blieb dennoch im Verlauf des Jahres 2025 bei rund 20 Prozent (IWF 2026a). Die Wechselkursstabilität hat Zeit gewonnen und Vertrauen geschaffen; Preisstabilität hat sie bislang nicht gebracht.

1.3 Fiskalische Fragilität bleibt die zentrale Herausforderung

Die fiskalische Fragilität stellt die zentrale Herausforderung für die jemenitische Regierung dar. Sie ist das Ergebnis dreier sich gegenseitig verstärkender Faktoren: des Wegfalls der Ölexporte, einer fragmentierten Einnahmenerhebung und der hohen laufenden Kosten der Stromversorgung. Zusammengenommen haben sie die Fähigkeit des Staates geschwächt, Gehälter zu zahlen, öffentliche Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und in den Wiederaufbau zu investieren. Gleichzeitig sind dies die Bereiche, in denen externe Unterstützung die größte Hebelwirkung entfalten kann.

Der Ausfall der Öleinnahmen hat den Staatshaushalt grundlegend verändert

Die Aussetzung der Rohölexporte entzog dem Staatshaushalt nahezu die Hälfte seiner Gesamteinnahmen und nahm dem Land zugleich seine wichtigste Quelle von Deviseneinnahmen. Im Jahr 2022 entfielen 58 Prozent der gesamten Staatseinnahmen auf den Kohlenwasserstoffsektor. Dies entsprach 11,7 Prozent des BIP, während die gesamten Staatseinnahmen ohne Zuschüsse 20,1 Prozent des BIP betrugen (IWF 2026a, S. 28). Die inländischen Einnahmen konnten diese Ausfälle nicht ausgleichen, sodass die saudiarabische Budgethilfe für die Finanzierung prioritärer Staatsausgaben unverzichtbar wurde. Zugleich hat dieser Schock aber den Reformen zur Stärkung der Nicht-Öleinnahmen neue Dringlichkeit verliehen. Ein Großteil der in Abschnitt 2 dargestellten Regierungsagenda ist eine unmittelbare Reaktion auf diese Herausforderung.

Die Einbehaltung von Einnahmen durch die Gouvernorate schwächt die konsolidierte Haushaltsführung

Ein erheblicher Teil der öffentlichen Einnahmen, die in den von der jemenitischen Regierung kontrollierten Gebieten erhoben werden, fließt nicht verlässlich auf das allgemeine Konto der Regierung bei der CBY. Öl- und gasproduzierende Gouvernorate, insbesondere Marib und Hadhramaut, behalten Teile der lokal generierten Einnahmen sowie der Einnahmen aus souveränen Ressourcen ein. Daneben behalten auch andere Gouvernorate und öffentliche Einrichtungen Steuern, Zolleinnahmen und Gebühren ein. Diese Regelungen entstanden vor dem Hintergrund des Konflikts, schwacher Transferleistungen der Zentralregierung und ungelöster Streitigkeiten über die Verteilung staatlicher Einnahmen. Die ölproduzierenden Gouvernorate

erreichten den Erlass eines Präsidialdekrets, das ihnen 20 Prozent der Ölexporteinnahmen für Entwicklungsfonds auf Gouvernoratsebene zuweist, während andere Gouvernorate einen vergleichbaren Anteil an den Zolleinnahmen erhielten. Diese Entscheidungen wurden ohne Grundlage im Gesetz oder in der Verfassung getroffen und enthalten keine klar definierten Regeln für die Verwendung der Mittel (Al-Lakmah und Al-Akhali 2024, S. 4, 9). Im Mai 2026 forderte der Gouverneur von Hadhramaut, Salem Ahmed al-Khanbashi, dass ölproduzierende Gouvernorate mindestens 20 Prozent der Einnahmen aus souveränen Ressourcen

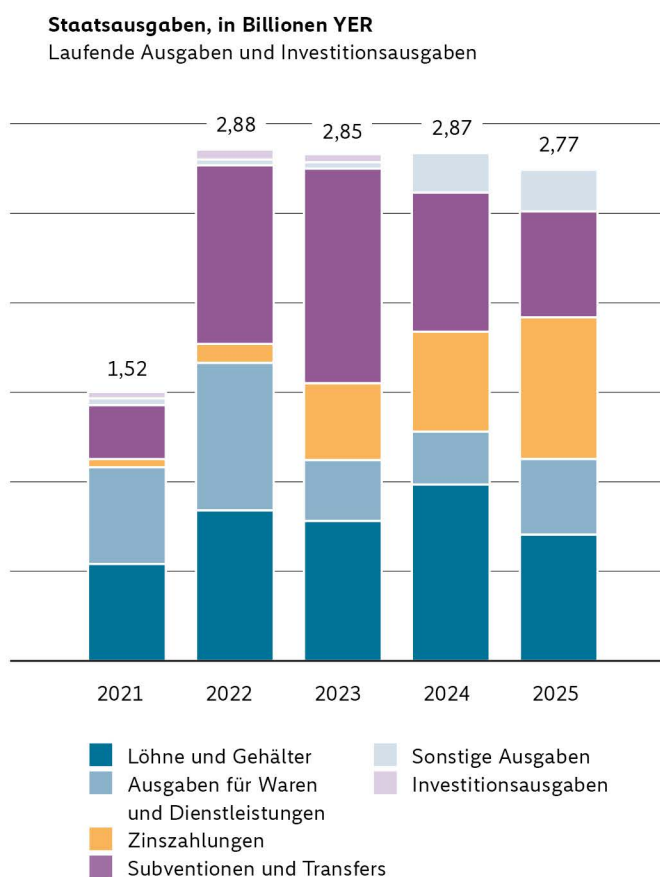
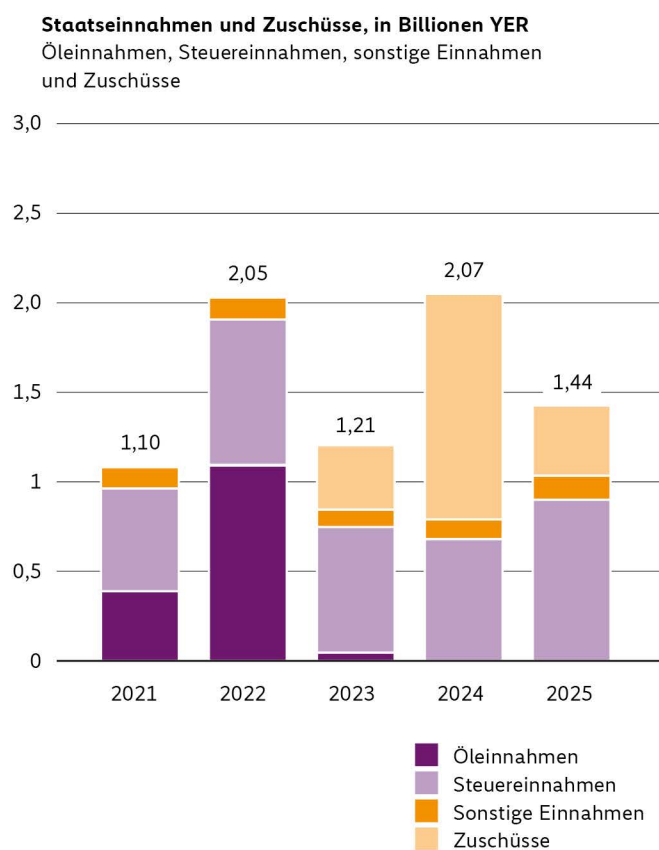
erhalten sollten (Akhbar Al-Youm 18.05.2026). Dies verdeutlicht, wie ungeklärt der institutionelle Rahmen für die Verteilung dieser Einnahmen weiterhin ist.

Die praktische Folge ist, dass das Finanzministerium keinen vollständigen Überblick über die verfügbaren Ressourcen hat, was die konsolidierte Haushaltsplanung schwächt und die zur Erfüllung nationaler Verpflichtungen verfügbaren Mittel verringert. PLC-Resolution Nr. 11 von 2025 griff dieses Problem unmittelbar auf und schuf erstmals eine formale Grundlage für eine Rezentralisierung.

Zusammensetzung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, 2021–2025

Abb. 2

Nichtölbezogene Einnahmen zur Vermeidung von Doppelzählungen abgezogen



Quelle: CBY (2026a), S. 51.

Stromversorgung: Wo fiskalische Schwäche zum gesellschaftlichen Risiko wird

Kein Sektor verdeutlicht den Zusammenhang zwischen fiskalischen Zwängen und der Legitimität der Regierung so unmittelbar wie die Stromversorgung. Obwohl 76 Prozent der Jemenit:innen Zugang zu irgendeiner Form der Stromversorgung haben, können sich nur etwa 12 Prozent auf den öffentlichen Stromversorger verlassen, und in Aden lag die öffentliche Stromversorgung im Durchschnitt bei lediglich zwei bis sechs Stunden pro Tag (World Bank 26.03.2025; IWF 2026a, S. 19).

Die fiskalische Dimension ist ebenso gravierend: Stromsubventionen machten 2024 rund 21 Prozent der gesamten Staatsausgaben aus und beliefen sich auf 810 Millionen US-Dollar. Dies spiegelt die Abhängigkeit von kostspieligen importierten Flüssigbrennstoffen, eine schwache Gebühreneinzahlung sowie Tarife wider, die deutlich unter den tatsächlichen Kosten liegen (IWF 2026a, S. 19; IEA o. J.). Zwar hat die Regierung bereits Maßnahmen ergriffen und kostenintensive sowie ineffizient ausgestaltete dieselbasierte Stromabnahmeverträge beendet, ein Schritt, den der IWF als notwendige Korrektur begrüßte (IWF 2026a, S. 18–19). Proteste in Aden und Hadhramaut im Juni 2026 (The New Arab 10.06.2026; The Star News 10.06.2026) verdeutlichen jedoch die politische Sensibilität des Sektors und die Notwendigkeit der spürbaren Verbesserung der Stromversorgung für die Bürger:innen durch entsprechende Reformmaßnahmen.

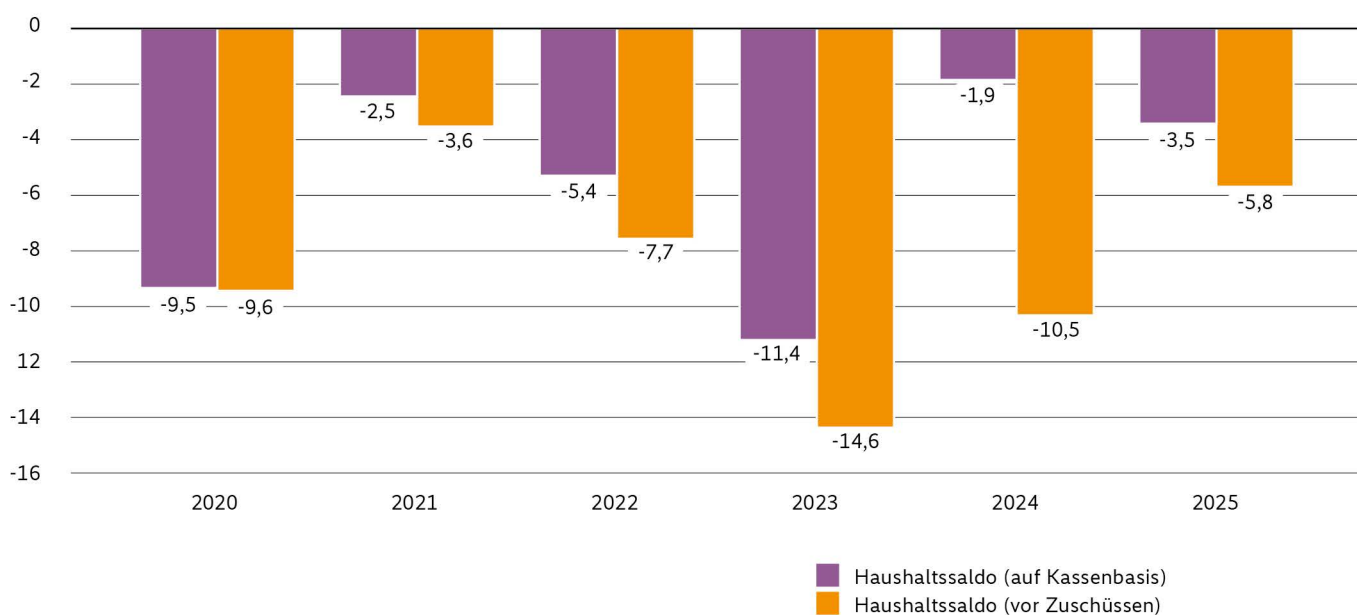
Saudi-arabische Budgethilfe hat zentrale Staatsausgaben abgesichert

Auf der Ausgabenseite entfallen neben den Stromsubventionen der Großteil der verbleibenden Haushaltsausgaben auf Gehälter, Löhne und Zinszahlungen, während die Investitionsausgaben sowohl 2024 als auch 2025 weniger als 0,5 Prozent der gesamten Ausgaben ausmachten (CBY 2026a, S. 51). Das Haushaltsdefizit erreichte 2025 rund 3,8 Prozent des BIP, und bis Juni 2026 hatten die Gehaltsrückstände Berichten zufolge zwei bis vier Monate erreicht.

Die saudi-arabische Unterstützung hat es der Regierung ermöglicht, in diesem Zeitraum ihre grundlegenden Verpflichtungen zu erfüllen. Nach der Aussetzung der Exporte stellte Saudi-Arabien für die Jahre 2023 bis 2024 Budgethilfen in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar sowie weitere 182 Millionen US-Dollar im Jahr 2025 bereit. Im Jahr 2024 verringerte dies das Defizit von geschätzten 10,5 Prozent des BIP vor Zuschüssen auf 1,9 Prozent nach Zuschüssen; 2025 reduzierten Zuschüsse das Defizit um etwa zwei Prozentpunkte auf 3,8 Prozent des BIP (IWF 2026a, S. 27–28). Diese Unterstützung war von entscheidender Bedeutung, sie beruht jedoch auf einem einzelnen Partner. Die Verringerung dieser Abhängigkeit durch die Mobilisierung inländischer Einnahmen, eine stärkere Zentralisierung der Einnahmenerfassung und die Wiederaufnahme der Exporte gehört daher zu den erklärten Zielen der Regierung.

Entwicklung der öffentlichen Finanzen, 2020–2025 (% des BIP)

Abb. 3



Quelle: Internationaler Währungsfonds (2026a), Tabelle 1, sowie Staff Supplement, Tabelle 2, S. 8.

Die öffentliche Verschuldung schränkt den Handlungsspielraum der Regierung zusätzlich ein. Der IWF bezifferte die Schulden der jemenitischen Regierung im Juli 2025 auf etwa 135 Prozent des BIP und stufte den Jemen als in externer und allgemeiner Schuldennotlage befindlich ein. Die externen Zahlungsrückstände entsprachen 8,3 Prozent des BIP und bestanden überwiegend gegenüber Saudi-Arabien, dem Arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie der Russischen Föderation, auf die jeweils 2,9, 2,6 beziehungsweise 1,1 Prozent des BIP entfielen (IWF 2026a, S. 15). Ende 2024 beliefen sich die öffentlichen und öffentlich garantierten Auslandsschulden auf etwa 6,4 Milliarden US-Dollar beziehungsweise 79 Prozent des BIP (World Bank und IWF 2026, S. 2, Texttabelle 1). Dennoch hat die Regierung während des gesamten Konflikts ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber der International Development Association (IDA) weiter bedient – eine auch unter erheblichem finanziellem Druck aufrechterhaltene Zahlungsdisziplin, die eine glaubwürdige Grundlage für den Dialog mit den Gläubigern schafft (IWF 2026a, S. 15, 56–57).

1.4 Der Rückgang externer Unterstützung verschärft den Druck

Die externe humanitäre Hilfe ist im selben Zeitraum, in dem die Regierung schwierige Anpassungen bewältigen musste, drastisch zurückgegangen und sank von etwa

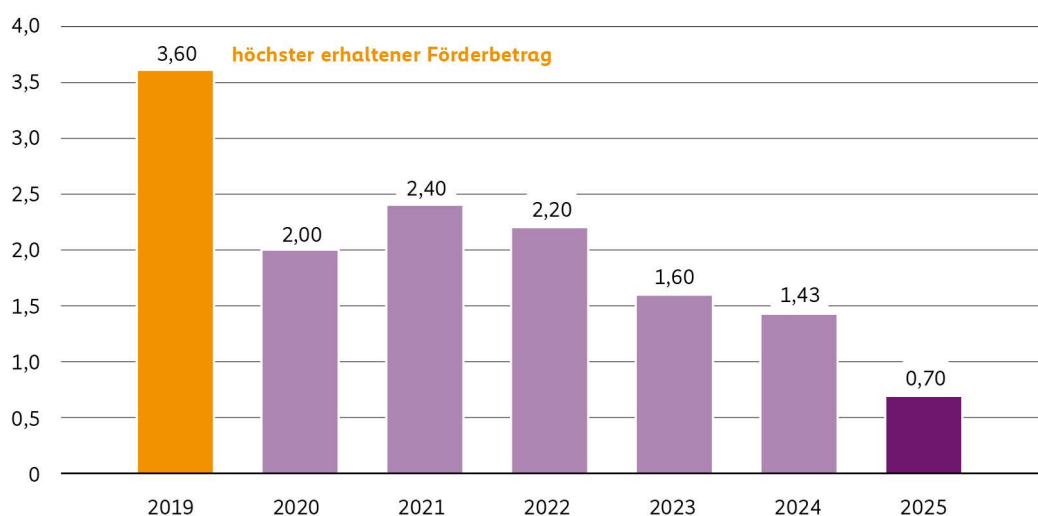
3,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019 auf 0,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2025 (OCHA 2026a, S. 6). Bis Mitte 2026 waren lediglich rund 433 Millionen US-Dollar mobilisiert worden, obwohl der Finanzierungsbedarf bei etwa 2,2 Milliarden US-Dollar lag (OCHA 2026b, S. 1).

Die Programme wurden entsprechend zurückgefahren. Das Welternährungsprogramm (WFP) reduzierte die geplante Reichweite seiner Nahrungsmittelhilfe in den von der jemenitischen Regierung kontrollierten Gebieten von 3,4 Millionen Menschen im Jahr 2025 auf 1,7 Millionen im Jahr 2026 (WFP 2026, S. 1). Mehr als 22,3 Millionen Menschen im Jemen sind auf humanitäre Hilfe oder Schutzmaßnahmen angewiesen, und 18,3 Millionen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit. Zudem wird erwartet, dass die Unterstützung in den Bereichen Ernährung, Gesundheit sowie Wasser- und Sanitärversorgung mit dem Rückgang der Finanzierung weiter abnimmt (UN News 2026). Die Huthi-Angriffe seit August haben die humanitäre Krise zusätzlich verschärft: Mindestens 100.000 Menschen flohen vor der September-Offensive, und allein im Gouvernorat Ta'izz wurden zwischen dem 10. August und dem 15. September 65.845 Vertreibungen registriert (Al Jazeera 16.09.2026). Die zeitliche Abfolge ist von entscheidender Bedeutung: Unterstützung wird Haushalten genau in dem Moment entzogen, in dem fiskalische Reformen beginnen, Auswirkungen auf sie zu entfalten, und die militärische Eskalation ihr Leid zusätzlich vergrößert.

Abb. 4

Eingegangene humanitäre Finanzierung im Jemen, 2019–2025

Erhaltene Finanzmittel im Rahmen der koordinierten humanitären Reaktionspläne des Jemen, in Milliarden US-Dollar



Quelle: OCHA (2026a), S. 6.

2. Reformbemühungen der Regierung

Die Regierung hat eine miteinander verknüpfte Reihe von Reformen in den Bereichen Fiskalpolitik, Geldpolitik, Bankensektor, Zahlungsverkehr und Privatsektortwicklung vorangetrieben. Die zugrunde liegenden Rahmenwerke sind nicht neu: ein vom Arabischen Währungsfonds unterstütztes Programm im Zusammenhang mit einer saudischen Einlage bei der Zentralbank des Jemen für den Zeitraum 2022–2026, der Ende 2024 angekündigte Economic Recovery Plan für 2025–2026 sowie das auf Arbeitsebene im Juli 2026 vereinbarte Staff-Monitored Program des IWF. Neu ist jedoch, dass die zuständigen Stellen begonnen haben, diese Rahmenwerke in konkrete Entscheidungen, Institutionen und operative Regelungen zu überführen, die von externen Partnern unterstützt und verstärkt werden können.

Die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem IWF hat den Reformrahmen wiederhergestellt

Die Wiederaufnahme der Artikel-IV-Konsultationen mit dem IWF nach einer elfjährigen Unterbrechung hat einen zentralen Kanal für den wirtschaftspolitischen Dialog wiederhergestellt. Auf die Veröffentlichung des Artikel-IV-Berichts 2025 im April 2026 folgte im Juli eine Einigung auf Arbeitsebene über ein 18-monatiges Staff-Monitored Program (SMP) für den Zeitraum von Juli 2026 bis Dezember 2027 (IWF 2026a, S. 1; IWF 2026b). Das Programm verknüpft makroökonomische Stabilität mit Gehaltszahlungen, der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen, sozialem Schutz und dem Dialog mit Gläubigern. Da die Fortschritte fortlaufend überwacht werden, entsteht durch die Umsetzung etwas, das dem Jemen seit mehr als einem Jahrzehnt fehlt: ein extern verifizierter Reformnachweis, auf dessen Grundlage Geber und Gläubiger ihre Entscheidungen treffen können – und der den Partnern bereits jetzt zur Verfügung steht, nicht erst nach Abschluss des Programms.

Fiskalpolitische Entscheidungen haben begonnen, die Kontrolle über die Staatseinnahmen zu stärken

Die Anpassung des Zollwechselkurses stand jahrelang auf der fiskalpolitischen Reformagenda, ohne umgesetzt zu werden. Am 19. Mai 2026 erhöhte das Kabinett den Kurs von 750 auf 1.550 Jemen-Rial pro US-Dollar und brachte ihn damit auf Marktniveau (Saba 19.05.2026). Diese Maß-

nahme bringt die Bewertung der nicht von Ausnahmen erfassten Importe näher an den Marktwert heran und beseitigt eine erhebliche implizite Subvention. Gesetzliche Ausnahmen für grundlegende Güter wie Mehl, Reis und Medikamente wurden jedoch beibehalten. Gleichzeitig wurde eine Zulage von 20 Prozent für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes angekündigt, um die sozialen Folgen abzumildern. Die Bedeutung dieser Entscheidung liegt weniger in den zusätzlichen Einnahmen, die sie generiert, als in dem, was sie signalisiert: eine Regierung, die bereit ist, eine langjährige Verzerrung zu korrigieren und die Haushalte zugleich zumindest teilweise für die daraus resultierenden höheren Lebenshaltungskosten zu entschädigen.

Parallel dazu wurden Fortschritte bei der Zentralisierung der Staatseinnahmen erzielt. PLC-Resolution Nr. 11 von 2025 verpflichtete ausgewählte Gouvernorate und öffentliche Einrichtungen dazu, zentrale Staatseinnahmen auf das allgemeine Konto der Regierung bei der CBY zu überweisen. Die Umsetzung dieser Resolution hat inzwischen in mehreren Gouvernoraten begonnen. So schloss ein gemeinsames Komitee des Finanzministeriums und der CBY im Juni 2026 seine Feldarbeit in Marib ab und berichtete von Fortschritten bei der Bewältigung der seit Langem bestehenden Herausforderung, staatliche Konten miteinander abzugleichen (Saba 22.06.2026; Saba 24.06.2026). Zwar muss ein umfassender Rahmen für die Aufteilung der Einnahmen zwischen Zentralregierung und Gouvernoraten noch ausgehandelt werden, doch die laufenden Maßnahmen vor Ort überführen eine politische Grundsatzentscheidung in einen operativen Prozess – genau jene Phase der Umsetzung, in der Reformen dieser Art in der Vergangenheit häufig ins Stocken geraten sind.

Bankenreformen haben die Aufsicht gestärkt und die Formalisierung vorangetrieben

Mit dem Dekret des Premierministers Nr. 9 von 2025 wurde das Nationale Komitee für die Regulierung und Finanzierung von Importen geschaffen mit dem Auftrag, die Handelsfinanzierung durch den formellen Bankensektor zu lenken und die Aufsicht über den Devisenmarkt zu stärken (Bab News 01.08.2026). In den ersten 100 Tagen genehmigte das Komitee die Finanzierung von Importen im Wert von mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar (CBY 30.12.2025). Der Mechanismus war Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets, zu dem auch der Entzug von Lizenzen von Geldwechslern, die der Währungsmanipulation verdächtigt wur-

den, sowie Beschränkungen des Fremdwährungstauschs gehörten. Diese Maßnahmen begrenzten die Möglichkeiten für unregulierte Spekulationen und trugen zu der oben beschriebenen Stabilisierung des Wechselkurses bei (IWF 2025).

Die CBY erließ zudem im Jahr 2024 regulatorische Entscheidungen, die lokale Banken verpflichteten, ihre Hauptsitze aus den von den Huthis kontrollierten Gebieten in die von der Regierung kontrollierten Gebiete zu verlegen. Die Maßnahme wurde als notwendig dargestellt, um den Bankensektor vor Sanktionen und Risiken im Zusammenhang mit illegalen Finanzströmen zu schützen. Ihre Umsetzung wurde zunächst im Rahmen einer vom Büro des Sondergesandten der Vereinten Nationen für den Jemen vermittelten Deeskalationsvereinbarung im Juli 2024 ausgesetzt (OESGY 2024). Die erneute Einstufung der Huthis durch die Vereinigten Staaten als Foreign Terrorist Organization (FTO) im Jahr 2025 beschleunigte die Verlagerung der Banken in die von der Regierung kontrollierten Gebiete. Durch diese Verlagerung unterstanden die großen Banken direkter der regulatorischen Aufsicht der in Aden ansässigen CBY, wodurch die verbleibenden Korrespondenzbankbeziehungen jemenitischer Banken geschützt wurden. Ergänzt wurde dies durch eine umfassendere Aufsicht über einlagene Finanzinstitute sowie durch Arbeiten an der Entwicklung eines risikobasierten Rahmens zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT). Das Ergebnis ist ein deutlich erweiterter Aufsichtsbereich der CBY und eine stärkere institutionelle Grundlage für die Einhaltung von AML/CFT-Standards, womit auf die hohen Anforderungen reagiert wird, die internationale Korrespondenzbanken an Geschäftsbeziehungen mit dem Jemen stellen.

Die Modernisierung des Zahlungsverkehrs ist von der Konzeption in den landesweiten Betrieb übergegangen

Die CBY modernisiert die Finanzinfrastruktur des Jemen durch das Financial Market Infrastructure and Inclusion Project, das durch einen Zuschuss der Weltbank in Höhe von 20 Millionen US-Dollar unterstützt und gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen umgesetzt wird (World Bank 17.06.2025). Das Projekt führt ein Echtzeit-Bruttoabwicklungssystem für hochwertige Interbankentransaktionen sowie ein Sofortzahlungssystem ein, das Überweisungen zwischen Bankkonten und mobilen Geldbörsen innerhalb weniger Sekunden ermöglicht.

Zwei institutionelle Schritte im Jahr 2026 haben den Übergang von der Projektkonzeption zu nationaler Eigenverantwortung vollzogen. Im August gründeten jemenitische Geschäftsbanken, islamische Banken und Mikrofinanzbanken gemeinsam mit weiteren beteiligten Finanzinstituten unter Führung der CBY die Yemeni Payments and Clearing Company. Diese soll die gemeinsame nationale Zahlungsinfrastruktur betreiben und Clearing-Dienstleistungen zwi-

schen den teilnehmenden Instituten bereitstellen (CBY 03.08.2026). Die CBY beaufsichtigte zudem die Gründung des Unternehmens Unified Network for Money, das Geldtransfernetzwerke unter einem einheitlichen Rahmen zusammenführt und die AML/CFT-Aufsicht stärkt. Damit verfügt der von der Regierung kontrollierte Teil des Jemen heute über Zahlungsinstitutionen, die vor einem Jahr noch nicht existierten und die sich in nationalem Eigentum befinden und national betrieben werden.

Reformen im Privatsektor und im Exportbereich haben neue Instrumente geschaffen

Die Regierung verabschiedete im November 2025 eine Leitlinie für öffentlich-private Partnerschaften (Public-Private Partnerships, PPP) und richtete im Mai 2026 eine spezialisierte Einheit im Büro des Premierministers ein (Presidency of the Council of Ministers 23.11.2025; 18.05.2026). Die Einheit gibt der Regierung einen zentralen Anlaufpunkt für die Vorbereitung von Projekten, die Bewertung wirtschaftlicher und fiskalischer Risiken, transparente Beschaffungsverfahren und die Entwicklung einer Projektpipeline. Sie findet bereits unmittelbare Anwendung in den Bereichen Fischerei, Telekommunikation, Stromversorgung und Transport (Saba 15.04.2026).

Parallel dazu hat die Regierung begonnen, die nicht auf Öl basierende Exportwirtschaft des Jemen auszubauen. Im März 2026, weniger als einen Monat nach der Bekanntgabe der neuen Regierung, setzte das Ministerium für Industrie und Handel ein Komitee aus Vertretern des öffentlichen und privaten Sektors ein, um die erste Strategie zur Förderung von Agrar- und Fischereiexporten im Jemen auszuarbeiten (Ministry of Industry and Trade 04.03.2026). Unterstützt von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und DeepRoot Solutions im Rahmen des EU-finanzierten Programms *Promoting Economic Resilience in Yemen* steht der erste Entwurf kurz vor dem Abschluss und kann nach der Billigung durch das Kabinett umgesetzt werden. Die Geschwindigkeit dieses Schritts, der nur wenige Wochen nach der Bildung der neuen Regierung erfolgte, ist bereits ein Signal dafür, wo die Prioritäten der Regierung liegen.

Die Reformen wurden trotz erheblicher Belastungen fortgesetzt

Das Bemerkenswerteste an dieser Reformbilanz ist der Zeitpunkt, zu dem sie erzielt wurde. Die Anpassung des Zollwechselkurses und die Einrichtung der PPP-Einheit wurden im Mai 2026 beschlossen, die Arbeiten zur Zentralisierung der Staatseinnahmen in Marib wurden im Juni abgeschlossen, die Einigung auf Arbeitsebene über das SMP wurde im Juli erzielt, und die Yemeni Payments and Clearing Company wurde im August gegründet – all dies vor dem Hintergrund erneuter nationaler und regionaler Eskalationen (Al-Amrani and Pickhardt 2026). Die Refor-

men wurden fortgesetzt, während die Regierung gleichzeitig eine akute Sicherheitskrise bewältigen musste.

Keine dieser Maßnahmen ist für sich genommen transformativ. In ihrer Gesamtheit betrachtet signalisieren sie jedoch eine Dynamik institutioneller Reformen im Jemen, die nicht von günstigen Rahmenbedingungen abhängt. Gerade deshalb ist es sinnvoll, sie jetzt und nicht erst später zu unterstützen. Im vergangenen Jahrzehnt hat es im Jemen keinen ruhigen Moment gegeben, und eine Politik des Wartens auf einen solchen Moment ist letztlich eine Politik des auf unbestimmte Zeit vertagten Engagements.

3. Hemmnisse für Reformen

Die von der Regierung erzielten Fortschritte sind real, tragen sich jedoch nicht von selbst. Die nachfolgend dargestellten Hemmnisse sind keine Argumente gegen weiteres Engagement. Vielmehr markieren sie jeweils einen Punkt, an dem externe Unterstützung dazu beitragen kann, darüber zu entscheiden, ob sich eine Reform verfestigt oder ins Stocken gerät.

Herausforderung 1: Fiskalische Zentralisierung und Anpassungsmaßnahmen stoßen auf politische und soziale Grenzen

Die Zentralisierung von Staatseinnahmen ist politisch sensibel, da die Gouvernorate und öffentlichen Einrichtungen auf die von ihnen einbehaltenen Einnahmen angewiesen sind, um lokale Gehälter und Dienstleistungen zu finanzieren, und da die bestehenden 20-Prozent-Regelungen auf Dekreten und nicht auf gesetzlichen Grundlagen beruhen. Jede Übertragung von Einnahmen an die Zentralregierung wird daher vor Ort eher als Entzug von Ressourcen denn als technische Konsolidierungsmaßnahme wahrgenommen. Zugleich berührt sie die weiterhin ungelöste Frage der Verteilung von Kompetenzen zwischen der Zentralregierung und den Gouvernoraten (Al-Lakmah and Al-Akhali 2024, S. 13–14).

Die fiskalische Anpassung stößt zugleich auf soziale Grenzen: Änderungen des Zollwechsellkurses, eine konsequentere Einziehung von Stromgebühren, Tarifreformen und der Abbau von Ausnahmeregelungen verbessern zwar die öffentlichen Finanzen, erhöhen jedoch die Kosten für die Haushalte. Angesichts weitverbreiteter Ernährungsunsicherheit und unregelmäßiger Gehaltszahlungen bergen schlecht abgestimmte oder unzureichend erläuterte Maßnahmen das Risiko von Widerstand und Umgehungsverhalten. Hier kann externe Unterstützung politische Risiken besonders unmittelbar abfedern: Zielgerichtete Schutzmaßnahmen, ein gesicherter Zugang zu grundlegenden Leistungen und sichtbare Verbesserungen der öffentlichen Dienstleistungen machen die Anpassung für die Bevölkerung tragbar, und ihre Finanzierung ist erheblich kostengünstiger als die Bewältigung der Folgen eines Scheiterns der Anpassung.

Herausforderung 2: Die Formalisierung des Finanzsektors bleibt von externer Unterstützung abhängig

Die Verlagerung der Bankhauptsitze und die Formalisierung der Importfinanzierung haben den Aufsichtsbereich der CBY erweitert, doch Beschränkungen bei Korrespondenzbankbeziehungen, die mit der FTO-Einstufung der Huthis verbundenen Sanktionsauswirkungen auf den gesamten Jemen, begrenzte Compliance-Kapazitäten und die anhaltende wirtschaftliche Fragmentierung schränken die formellen Finanzkanäle weiterhin ein. Die Budgethilfe stützt die Währungsreserven der CBY, ist jedoch weder garantiert noch vorhersehbar und ist auf einen Partner konzentriert. Eine plötzliche Unterbrechung dieser Unterstützung könnte die Devisenposition der CBY schwächen, den Wechselkurs unter Druck setzen und die Bankenreformen ins Stocken bringen, bevor ihre positiven Wirkungen dauerhaft verankert sind.

Diese Asymmetrie sollte klar benannt werden. Jemenitische Banken haben ihre Hauptsitze verlegt, der Aufsichtsbereich der CBY wurde ausgeweitet, und die Compliance-Rahmenwerke werden neu aufgebaut – Schritte, die mit erheblichen politischen und wirtschaftlichen Kosten verbunden waren. Nicht verändert hat sich hingegen die Bereitschaft großer internationaler Korrespondenzbanken zur Wiederaufnahme von Geschäftsbeziehungen. Diese wird durch Risikobewertungen bestimmt, die außerhalb des Jemen und weitgehend außerhalb des Einflussbereichs der Regierung vorgenommen werden. Bleibt eine entsprechende Reaktion aus, besteht die praktische Folge darin, dass Rücküberweisungen, humanitäre Zahlungen und Handelsfinanzierungen weiterhin in informelle Kanäle abwandern, die für Haushalte teurer, für Aufsichtsbehörden weniger transparent und umso schwieriger rückgängig zu machen sind, je länger sie fortbestehen.

Herausforderung 3: Neue Zahlungsinstitutionen bauen auf veralteten Kapazitäten auf

Neue Zahlungssysteme versprechen schnellere und transparentere Transaktionen, ihre Leistungsfähigkeit hängt jedoch von der Integration mit dem Kernbankensystem der CBY ab. Dieses System bleibt veraltet, während Defizite bei Netzwerken und Cybersicherheit eine verlässliche Integration zusätzlich erschweren. Übergangslösungen können die Einführung neuer Plattformen unterstützen, sie können

jedoch nicht die Automatisierung, die verlässlichen Informationen und die Belastbarkeit bereitstellen, die für einen dauerhaften Betrieb erforderlich sind. Die Reform des Zahlungsverkehrs wird unvollständig bleiben, wenn die neuen Plattformen Fortschritte machen, die Infrastruktur der CBY selbst jedoch nicht.

Diese Abhängigkeit macht eine klare Priorität deutlich. Die Systeme, die für den Betrieb der Zahlungsinfrastruktur erforderlich sind, bilden zugleich die Grundlage für die Aufsicht der CBY über Finanzinstitute, das Devisenmanagement und die geldpolitischen Operationen. Investitionen sollten daher neben den neuen Plattformen auch die Modernisierung des Kernbankensystems, sichere Konnektivität und Cybersicherheit umfassen. Andernfalls wird die Reform zwar die Kapazitäten des Zahlungsverkehrs ausweiten, ohne der Zentralbank zugleich die erforderlichen Kapazitäten zu deren wirksamer Beitreibung und Beaufsichtigung zu verschaffen.

Herausforderung 4: Reformen im Export- und Investitionsbereich stoßen auf Sicherheits-, Infrastruktur- und Finanzierungsgrenzen

Die PPP-Einheit und die in Ausarbeitung befindliche Exportstrategie schaffen nützliche, von der Regierung initiierte Ansatzpunkte für die Förderung von Investitionen und Exporten, ihre Umsetzung hängt jedoch von institutionellen Kapazitäten, klaren Zuständigkeiten und dem Zugang zu Finanzierungen ab. Sicherheitsrisiken und regionale Störungen schrecken Investoren ab, unterbrechen Transportwege und erhöhen die Kosten des Zugangs zu externen Märkten. Produzenten stehen zudem vor praktischen Hürden in den Bereichen Zertifizierung, Rückverfolgbarkeit, Laborkapazitäten, Verpackung und Logistik – Herausforderungen, die durch das politische Rahmenwerk allein nicht gelöst werden können.

Die Lücke ist hier kleiner, als sie auf den ersten Blick erscheint. Jemenitische Produzenten verfügen bereits über einen präferenziellen Zugang zu den europäischen Märkten; was ihnen fehlt, sind die technischen Voraussetzungen, um diesen tatsächlich zu nutzen. Hier sind externe Partner in einer außergewöhnlich günstigen Position, um bestehende Hemmnisse abzubauen, da diese fast ausschließlich in den Bereichen Standards, Akkreditierung und Testkapazitäten liegen und nicht in kapitalintensiven Investitionen. Bleibt diese Herausforderung ungelöst, wird die Exportstrategie zwar verabschiedet werden, anschließend jedoch ungenutzt bleiben. Die Regierung würde damit über ein Rahmenwerk verfügen, das sie nicht operationalisieren kann, während die Produzenten weiterhin mit denselben Hindernissen konfrontiert wären wie heute.

Herausforderung 5: Die Frage der Wiederaufnahme der Ölexporte bleibt ungelöst

Die Aussetzung der Ölexporte begrenzt weiterhin die mittelfristigen Perspektiven. Im Juli 2026 kündigte der Vorsitzende des PLC die Absicht an, die Exporte wieder aufzunehmen, und die Regierung berichtete über technische, administrative und logistische Vorbereitungen (Saba 20.07.2026; Saba 21.07.2026). Diese Schritte verdeutlichen den politischen Willen, doch die Exportinfrastruktur und die Schifffahrt bleiben weiterhin Angriffen der Huthis ausgesetzt, und die Öleinnahmen hängen von den militärischen Entwicklungen vor Ort sowie von umfassenderen politischen Verhandlungen über die Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen ab. Eine Wiederaufnahme der Exporte bleibt daher von Sicherheits- und Governance-Bedingungen abhängig und stellt keine Finanzierungsquelle dar, auf die die Regierung bereits heute zurückgreifen kann – genau deshalb kann die oben beschriebene Reformagenda nicht auf sie warten.

4. Ein sich schließendes Zeitfenster: Schlussfolgerungen und Implikationen

Die Entwicklungen des vergangenen Jahres haben eine wirtschaftliche und institutionelle Ausgangslage geschaffen, die sich deutlich von der zuvor bestehenden unterscheidet. Die Wechselkursstabilität hält inzwischen seit mehr als einem Jahr an. Bankhauptsitze wurden verlagert, und der Aufsichtsbereich der CBY hat sich erweitert. Neue Zahlungsinstitutionen wurden geschaffen und befinden sich in nationalem Eigentum. Die Zollbewertung wurde korrigiert, die Zentralisierung von Staatseinnahmen hat den Schritt von politischen Entscheidungen zur praktischen Umsetzung vollzogen, und ein vom IWF überwachtes Programm macht die Reformfortschritte nun überprüfbar. Nichts davon war Anfang 2025 der Fall.

Vier Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für internationale Partner: Erstens existiert nun die Reformbilanz, die Geber seit Langem als Voraussetzung für eine Vertiefung ihres Engagements genannt haben. Das SMP macht ihre Überprüfung zudem durch unabhängige Dritte möglich.

Zweitens haben die Reformen institutionelle Ansprechpartner gestärkt – die CBY, das Finanzministerium, die PPP-Einheit und die neuen Zahlungsverkehrsgesellschaften –, die Unterstützung aufnehmen und darüber Rechenschaft ablegen können; genau dies stellte in früheren Phasen das praktische Hindernis dar.

Drittens verändern einige der wirkungsvollsten Maßnahmen die Kostenstruktur des Staates, anstatt diese lediglich zu subventionieren. Hierzu zählen Investitionen in die Umstellung der Stromerzeugung von teuren flüssigen Brennstoffen auf Gas und erneuerbare Energien, die Digitalisierung der Einnahmenerhebung und der Steuerung der Staatskasse sowie sichere und interoperable Zahlungssysteme. Solche Maßnahmen verringern dauerhaft die fiskalische Belastung und die Abhängigkeit von Devisen. Langfristig sind sie daher wertvoller als wiederholte Notfallfinanzierungen.

Viertens, und am wichtigsten, schließt sich das Zeitfenster eher, als dass es sich öffnet. Die humanitäre Finanzierung ist seit 2019 um mehr als 80 Prozent zurückgegangen. Die Budgethilfe konzentriert sich auf einen einzigen Partner, dessen Prioritäten durch eine ihm aufgezwungene regionale Konfrontation geprägt werden. Die Gehaltsrückstände nehmen zu. Seit August führt die Regierung zudem einen von den Huthis begonnenen Krieg, der finanzielle Mittel und politische Aufmerksamkeit bindet und damit in Konkurrenz zur Reformagenda steht. Eine Regierung, die unter

diesen Bedingungen Reformen vorangetrieben hat, demonstriert genau jene institutionelle Widerstandsfähigkeit, deren Aufbau internationale Unterstützungsprogramme fördern sollen. Jetzt ist der Zeitpunkt, an dem diese Programme den größten Mehrwert entfalten können.

Es bestehen zudem Möglichkeiten, die eher als zusätzliches Potenzial denn als Planungsannahme betrachtet werden sollten. Veränderungen der regionalen Schifffahrtsrouten könnten zusätzlichen Handelsverkehr nach Aden und in andere von der jemenitischen Regierung kontrollierte Häfen lenken, wodurch die Zolleinnahmen steigen und Transport- sowie Logistikaktivitäten unterstützt würden. Ihre Realisierung hängt jedoch von der Sicherheit und Kapazität der Häfen, verlässlichen Zollverfahren und einer funktionierenden Anbindung an das Hinterland ab. Eine Wiederaufnahme der Öl- und Gasexporte würde die wichtigste Einnahmequelle der Regierung wiederherstellen und fiskalischen Spielraum für den Abbau von Zahlungsrückständen, den Aufbau von Reserven sowie für Programme der sozialen Sicherung schaffen. Keines von beidem sollte jedoch die Grundlage eines Finanzierungsplans bilden. Beide Entwicklungen sprechen vielmehr dafür, jene institutionellen Kapazitäten aufzubauen, die es dem Jemen ermöglichen würden, diese Chancen wirksam zu nutzen.

Der gegenteilige Fall verdient ebenso viel Aufmerksamkeit. Falls die Unterstützung ausbleibt, wird das wahrscheinlichste Ergebnis keine dramatische, sondern eine schleichende Umkehr sein: Reformmaßnahmen, die auf dem Papier bestehen bleiben, weil die zu ihrer Umsetzung erforderlichen Systeme nie finanziert wurden; Institutionen, die formal existieren, aber nicht handlungsfähig sind; und eine Reformagenda, die aufgegeben wird, weil ihre sozialen Kosten nicht abgedeckt werden konnten. Der Jemen hat diese Entwicklung bereits mehrfach erlebt, und jede Wiederholung erhöht die Kosten des nächsten Reformversuchs.

Das europäische Engagement im Jemen hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend auf humanitäres Management verengt. Dies entsprach den Realitäten einer früheren Phase. Heute spiegelt es jedoch nicht mehr angemessen wider, was jemenitische Institutionen tatsächlich leisten, und daran festzuhalten ist keine neutrale Entscheidung: Ressourcen werden weiterhin in die Bewältigung von Symptomen gelenkt, gerade in dem Moment, in dem endlich die Arbeit an den strukturellen Ursachen begonnen hat.

5. Empfehlungen für europäische und internationale Partner

Die Stabilisierung des Jemen erfordert, dass sich nationale Reformen und externe Unterstützung gegenseitig verstärken. Die nachfolgenden Empfehlungen sind nach dem erforderlichen Handlungsniveau geordnet: Die ersten drei können sofort auf der Grundlage bereits bestehender Instrumente und Partnerschaften umgesetzt werden; die nächsten beiden erfordern neue Finanzierungsentscheidungen; und die letzten beiden hängen von politischen und diplomatischen Voraussetzungen ab, deren Schaffung mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Sie zielen darauf ab, bereits von der Regierung eingeleitete Reformen zu stärken, anhand der von der Regierung selbst gesetzten Maßstäbe statt anhand externer Auflagen überprüfbar zu sein und die Maßnahmen Saudi-Arabiens sowie der internationalen Finanzinstitutionen zu ergänzen, anstatt sie zu duplizieren. Europäische und internationale Partner sollten:

Den europäischen Marktzugang in Exportchancen für jemenitische Produzenten umwandeln: Die Unterstützung sollte darauf ausgerichtet werden, die Umsetzung der jemenitischen Strategie zur Förderung von Agrar- und Fischereieexporten voranzubringen und Produzenten dabei zu helfen, den präferenziellen Zugang zum europäischen Markt tatsächlich in Exporte umzusetzen. Der Jemen profitiert bereits im Rahmen der EU-Initiative *Everything But Arms* von einem zoll- und quotenfreien Marktzugang. Die Unterstützung sollte sich daher auf die Hindernisse konzentrieren, die einer Nutzung dieses Zugangs im Wege stehen: die Einhaltung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Standards, Qualitätszertifizierung, Rückverfolgbarkeit, akkreditierte Labore, Verpackung, Exportverfahren und Handelslogistik. Gezielte Unterstützung für Fischereierzeugnisse, Agrarprodukte, Kaffee und Honig würde die Deviseneinnahmen erhöhen, Beschäftigung schaffen und die Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Kohlenwasserstoffsektor verringern. Der strategische Rahmen ist nahezu vollständig ausgearbeitet, und ein institutioneller Ansprechpartner steht bereits zur Verfügung. Dies ist daher die am einfachsten umzusetzende Maßnahme.

Korrespondenzbankbeziehungen wiederherstellen und formelle Zahlungskanäle absichern: Europäische und internationale Partner sollten dazu beitragen, die Korrespondenzbankbeziehungen zwischen europäischen und jemenitischen Banken wiederherzustellen. Hierzu sollte ein strukturierter Finanzdialog eingerichtet werden, der europäische Korrespondenzbanken, die CBY, jemenitische Geschäftsbanken und die zuständigen Aufsichtsbehörden zusammenbringt, um Fragen im Zusammenhang mit Sank-

tionen, der Einstufung der Huthis als Foreign Terrorist Organization (FTO) sowie den Compliance-Risiken für Rücküberweisungen, humanitäre Zahlungen und Handelsfinanzierungen zu adressieren. Dieser Dialog sollte durch technische Unterstützung in den Bereichen Bankenaufsicht, AML/CFT-Compliance, Sanktionsprüfung und Zahlungsverkehrsinfrastruktur begleitet werden. Die Verlagerung der Bankhauptsitze und die Ausweitung des Aufsichtsbereichs der CBY haben die jemenitische Seite dieses Problems bereits adressiert; eine verhältnismäßige und risikobasierte europäische Reaktion würde die Transaktionskosten senken, Finanzströme in formellen Kanälen halten und die regulatorische Aufsicht stärken.

Operative Kapazitäten in den zentralen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen stärken: Kurzfristige Beratung sollte durch die Finanzierung der operativen Systeme ergänzt werden, die diese Institutionen für ihre Funktionsfähigkeit benötigen. Zu den Prioritäten gehören die Modernisierung des Kernbankensystems und der IT-Infrastruktur der CBY sowie die Einführung eines integrierten Systems für das öffentliche Finanzmanagement im Finanzministerium. Flankiert werden sollte dies durch die Entsendung von vor Ort lebenden oder langfristig eingesetzten Fachkräften, die gemeinsam mit ihren jemenitischen Partnerinstitutionen in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Einnahmenverwaltung, Wirtschaftsstatistik, Bankenaufsicht und AML/CFT-Kontrollen arbeiten, anstatt sich auf isolierte Schulungsmaßnahmen oder die Bereitstellung technischer Systeme zu beschränken. Diese Unterstützung sollte bewusst komplementär ausgestaltet werden: Das Engagement des IWF deckt makroökonomische Daten, Schuldenberichterstattung und fiskalische Koordinierung ab. Den größten Mehrwert können europäische Institutionen in den Bereichen leisten, die außerhalb dieses Mandats liegen. Dazu zählen die Infrastruktur des Devisenmarktes, die Cybersicherheit des Finanzsektors sowie die Zahlungs- und Gehaltssysteme, von denen die Auszahlung öffentlicher Gehälter abhängt. Die Abstimmung mit dem IWF, der Weltbank und anderen Partnern sollte bereits in der Konzeptionsphase ausdrücklich vorgesehen werden.

Die humanitäre Hilfe und die wirtschaftliche Erholung durch flexible, mehrjährige Finanzierungsinstrumente miteinander verbinden: Europäische und internationale Partner sollten dazu beitragen, die Finanzierungslücke im humanitären Bereich zu schließen und aufgrund fehlender Mittel ausgesetzte Hilfsprogramme wiederaufzunehmen. Priorität sollten dabei Maßnahmen in den Bereichen

Ernährung, Gesundheit, Wasser sowie andere lebensrettende Programme haben, während gleichzeitig die Finanzierung von Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen schrittweise im Einklang mit den Reformprioritäten der Regierung ausgeweitet wird. Flexible, mehrjährige Finanzierungsinstrumente, die kurzfristige Hilfe mit Existenzsicherung, grundlegenden Dienstleistungen und lokaler wirtschaftlicher Erholung verknüpfen, würden Finanzierungslücken verringern und einen glaubwürdigen Übergang von Nothilfe zu Resilienz schaffen. Entscheidend ist, dass diese Finanzierung nicht durch Umschichtungen aus Programmen zur Förderung von Good Governance und institutioneller Resilienz erfolgt, sondern zusätzlich bereitgestellt wird. Der institutionelle Reflex besteht häufig darin, langfristige Zusagen bei einer Verschlechterung der Lage für die unmittelbare Krisenreaktion umzuwidmen. Dies würde im vorliegenden Fall jedoch genau jene institutionelle Unterstützung schwächen, die dazu beiträgt, den humanitären Bedarf langfristig zu verringern.

Einen gemeinsamen Rahmen für die Unterstützung des Stromsektors schaffen: Europäische und internationale Partner sollten dazu beitragen, einen von der Regierung geführten Koordinierungsrahmen zu etablieren, der die Unterstützung des Stromsektors durch Saudi-Arabien, die Weltbank und andere Geber an gemeinsamen Prioritäten und messbaren Ergebnissen ausrichtet. Kurzfristig sollte die Unterstützung darauf abzielen, die Stromversorgung von Krankenhäusern, Schulen, Wasseranlagen und Notfallzentren sicherzustellen. Mittelfristige Finanzierungen sollten eine kostengünstigere Stromerzeugung, eine verlässliche Brennstoffversorgung, die Instandhaltung der Netze, Verbrauchserfassung, Abrechnung, Gebühreneinzug und transparente Finanzstrukturen im Stromsektor unterstützen. Die Beendigung kostenintensiver Stromabnahmeverträge hat bereits gezeigt, dass die Regierung bereit ist, gegen verfestigte Kostenstrukturen vorzugehen. Eine Verknüpfung weiterer Unterstützung mit nachweisbaren Verbesserungen bei der Versorgungsqualität, der Effizienz und der finanziellen Leistungsfähigkeit des Sektors würde darauf aufbauen und sicherstellen, dass Nothilfe zur strukturellen Erholung beiträgt, anstatt diese lediglich zu ersetzen.

Durch koordinierte Diplomatie die sichere Wiederaufnahme von Öl- und Gasexporten unterstützen: Europäische und internationale Partner sollten ihre diplomatischen Bemühungen koordinieren, um die sicherheitspolitischen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine sichere Wiederaufnahme der Öl- und Gasförderung sowie der Exporte zu fördern. Flankiert werden sollte dies durch technische Unterstützung bei der Bewertung der Infrastruktur, der operativen Einsatzbereitschaft und der transparenten Verwaltung künftiger Einnahmen. Die Wiederaufnahme der Exporte würde der Regierung jene fiskalischen Einnahmen und Devisenzuflüsse verschaffen, die ihr derzeit fehlen, den Druck auf die Zahlungsbilanz verringern und die reformhemmende Abhängigkeit von externer Budgethilfe reduzieren. Die notwendigen Governance-Regelungen sollten bereits jetzt vorbereitet werden, damit künftige Einnah-

men im Falle einer Wiederaufnahme der Exporte zur Stärkung der Resilienz beitragen, anstatt jene fiskalischen Strukturen wiederherzustellen, die vor der Aussetzung der Exporte bestanden.

Eine geordnete Strategie zum Umgang mit externen Zahlungsrückständen und Schulden unterstützen: Europäische und internationale Partner sollten die Regierung dabei unterstützen, ihre Auslandsschulden und Zahlungsrückstände abzugleichen, zu validieren und rechtlich zu überprüfen, bevor substanzielle Verhandlungen mit Gläubigern beginnen. Bei Zahlungsrückständen in Höhe von 8,3 Prozent des BIP, die sich auf eine kleine Zahl von Gläubigern konzentrieren, und angesichts der Tatsache, dass die Verpflichtungen gegenüber der IDA während des gesamten Konflikts weiterhin bedient wurden, sind die Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Prozess vorhanden. Sobald eine verifizierte Schuldendokumentation und eine belastbare Reformbilanz vorliegen, sollten die Mitglieder des Pariser Clubs und andere relevante Gläubiger gemeinsam Optionen für den Umgang mit Zahlungsrückständen, Umschuldungen oder andere geeignete Entlastungsmaßnahmen prüfen. Dies sollte in enger Abstimmung mit den internationalen Finanzinstitutionen erfolgen und so ausgestaltet werden, dass der Zugang des Jemen zu konzessionärer Finanzierung erhalten bleibt. Ein geordneter Prozess würde den künftigen Schuldendienst verringern, rechtliche und finanzielle Risiken begrenzen und eine tragfähige Beziehung zu den externen Gläubigern wiederherstellen.

Bibliographie

- Akhbar Al-Youm (18.05.2026): "Al-Khanbashi Calls for Oil-Producing Regions to Receive 20 Percent of Sovereign-Wealth Revenues" [in Arabic], https://mail.akhbaralyoum.net/news_details.php?id=194844 (accessed 11.08.2026).
- Al-Amrani, Mohammed and Julia Pickhardt (2026): Fragile Consolidation. Yemen's New Government and the Case for European Governance Support, FES/CARPO, 14 September 2026, <https://carpo-bonn.org/en/publications/carpo-cooperations/fragile-consolidation-yemen-s-new-government-and-the-case-for-european-governance-support> (accessed 21.09.2026).
- Al Jazeera (04.10.2026): "Yemen's Leader Announces Military Operation to Retake Houthis-Held Territory," <https://www.aljazeera.com/news/2026/10/4/yemens-leader-announces-military-operation-to-retake-houthi-held-territory> (accessed 04.10.2026).
- Al Jazeera (16.09.2026): "Taiz Camps Overflow with Yemenis Fleeing Fighting After Houthi Offensive," <https://www.aljazeera.com/features/2026/9/16/taiz-camps-overflow-with-yemenis-fleeing-fighting-after-houthi-offensive> (accessed 04.10.2026).
- Al-Lakmah, Ali and Rafat A. Al-Akhali (2024): Empowering Local Authorities to Lead Economic Development in Yemen, Rethinking Yemen's Economy Policy Brief No. 27, 6 February 2024, https://devchampions.org/publications/policy-brief/Empowering_Local_Authorities_to_Lead_Economic_Development_in_Yemen/ (accessed 21.09.2026).
- Al-Qadhi, Mohammed (21.09.2026): "The Seven-Day Lightning Offensive That Changed Yemen's War," New Lines Magazine, <https://newlinesmag.com/reportage/the-seven-day-lightning-offensive-that-changed-yemens-war/> (accessed 04.10.2026).
- Bab News (01.08.2026): "Prime Minister Issues Decision Establishing the National Committee for Import Regulation and Financing" [in Arabic], <https://www.babnews.net/news/5745> (accessed 08.09.2026).
- Central Bank of Yemen (CBY) (2026a): Annual Report 2025, Aden: Central Bank of Yemen, <https://english.cby-ye.com/files/6a54b8fcd8b68.pdf> (accessed 08.09.2026).
- Central Bank of Yemen (CBY) (2026b): Monetary and Financial Developments, Issue No. 54, Aden: Central Bank of Yemen, <https://english.cby-ye.com/files/6a5a2e6bcc3cd.pdf> (accessed 22.09.2026).
- Central Bank of Yemen (CBY) (30.12.2025): "National Committee for the Regulation and Financing of Imports Approves US\$2.5 Billion within 100 Days," <https://cby-ye.com/news/906> (accessed 08.09.2026).
- Central Bank of Yemen (CBY) (03.08.2026): "Governor of the Central Bank of Yemen Inaugurates the Constituent Assembly of the Yemeni Payments and Clearing Company," <https://cby-ye.com/news/961> (accessed 22.09.2026).
- FAO - Food and Agriculture Organization of the United Nations (07.09.2026): "Market Information and Early Warning System—Yemen," Microsoft Power BI Dashboard. Available at: <https://app.powerbi.com/view?r=eyJrjoiZTg1NzJhMjktMWI5MS00ZjM-1LTlmyYjQ0NWJlMGU4MGZlZWQzZWZlZjE2M2FjNDY4LWFiYjgtNDRk-MC04MWZkLWQ5ZGlxNWUzYWY5NiIsImMiOiJh9> (accessed 22.09.2026).
- IEA - International Energy Agency (n.d.): "Yemen: Efficiency and Demand," <https://www.iea.org/countries/yemen/efficiency-demand> (accessed 17.08.2026).
- IWF = International Monetary Fund (2025): Yemen: Concluding Statement of the 2025 IMF Article IV Mission, 9 October 2025, <https://www.imf.org/en/news/articles/2025/10/09/imf-cs-yemen-2025-imf-article-iv-mission> (accessed 22.09.2026).
- IWF = International Monetary Fund (2026a): Republic of Yemen: 2025 Article IV Consultation — Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director, IMF Country Report No. 26/80, Washington, DC, <https://www.imf.org/-/media/files/publications/cr/2026/english/1yemea2026001-source-pdf.pdf> (accessed 07.09.2026).
- IWF = International Monetary Fund (2026b): "IMF Reaches Staff-Level Agreement with Yemen on a New Staff-Monitored Program," Press Release No. 26/249, 16 July 2026, <https://www.imf.org/en/news/articles/2026/07/16/pr26249-yemen-imf-reaches-sla-on-new-staff-monitored-program> (accessed 31.07.2026).
- Ministry of Industry and Trade (04.03.2026): "Al-Ashwal Chairs a Meeting of the Export Promotion Policy Committee and Emphasizes European and Private-Sector Partnership," <https://moit-ye.com/?p=281792> (accessed 08.09.2026).
- MoPIC - Ministry of Planning and International Cooperation and UNICEF (2026): "Economic Recovery Opportunities," Yemen Socio-Economic Update, Issue 88, April 2026, <https://english.mopic-yemen.org/news/13767> (accessed 08.09.2026).
- OSESGY - Office of the Special Envoy of the Secretary-General for Yemen (2024): "Statement by the Office of the UN Special Envoy for Yemen," 23 July 2024, <https://osesgy.unmissions.org/en/speeches-and-statements/statement-office-un-special-envoy-yemen> (accessed 25.07.2026).
- Presidency of the Council of Ministers (23.11.2025): "Cabinet Approves the Public-Private Partnership Policy Document and Establishes a Health Fund," <https://pmo-ye.net/post/10939> (accessed 08.09.2026).
- Presidency of the Council of Ministers (18.05.2026): "Prime Minister Issues Decision Establishing the Public-Private Partnership Unit," <https://pmo-ye.net/post/11949> (accessed 08.09.2026).
- Saba - Yemen News Agency (15.04.2026): "Planning Minister Discusses with IFC Strengthening Partnership with Private Sector, Supporting Electricity Sector," <https://www.sabanew.net/story/en/145235> (accessed 08.09.2026).
- Saba - Yemen News Agency (19.05.2026): "Cabinet Endorses Economic Measures to Improve Public Sector Conditions," <https://www.sabanew.net/story/en/146841> (accessed 30.07.2026).
- Saba - Yemen News Agency (22.06.2026): "Joint Committee Reviews the Operations of the Central Bank Branch in Marib," <https://www.sabanew.net/story/ar/148280> (accessed 11.08.2026).
- Saba - Yemen News Agency (24.06.2026): "Al-Aradah Reviews the Results of the Joint Ministry of Finance-Central Bank Committee's Visit to Marib," <https://www.sabanew.net/story/ar/148425> (accessed 11.08.2026).
- Saba - Yemen News Agency (20.07.2026): "National Defense Council Approves Measures to Support Liberation Efforts, Resume Oil Exports," <https://www.sabanew.net/story/en/149649> (accessed 31.07.2026).
- Saba - Yemen News Agency (21.07.2026): "Prime Minister Chairs Meeting of the Supreme Committee for Oil Marketing in Aden," <https://www.sabanew.net/story/ar/149716> (accessed 31.07.2026).
- The New Arab (10.06.2026): "Power Cuts in Aden, Fuel Price Surge in Hadramut: Energy Crisis Deepens in Southern Yemen," <https://www.newarab.com/news/aden-hadramut-energy-crisis-deepens-southern-yemen> (accessed 22.09.2026).
- The Star News (10.06.2026): "One Killed, Several Wounded as Protests over Power Outages Intensify across Southern Yemen," <https://www.thestar.com.my/news/world/2026/06/10/1-killed-several-wounded-as-protests-over-power-outages-intensify-across-s-yemen-source> (accessed 22.09.2026).
- OCHA - United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2026a): Yemen Humanitarian Needs and Response Plan 2026, March 2026, <https://reliefweb.int/report/yemen/yemen-humanitarian-needs-and-response-plan-2026-march-2026> (accessed 08.09.2026).
- OCHA - United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2026b): "Yemen 2026 Humanitarian Needs and Response Plan — Funding Status," <https://reliefweb.int/report/yemen/yemen-2026-humanitarian-needs-and-response-plan-yhnrp-funding-status-10-august-2026-enar> (accessed 08.09.2026).
- UN News (2026): "Yemen: Funding Cuts Threaten Lifesaving Aid as Hunger Deepens," 3 June 2026, <https://news.un.org/en/story/2026/06/1167643> (accessed 08.09.2026).
- World Bank (26.03.2025): "Illuminating Lives: Bringing Light and Hope to Djibouti and Yemen," <https://www.worldbank.org/en/results/2025/03/26/illuminating-lives-bringing-light-and-hope-to-djibouti-and-yemen> (accessed 22.09.2026).
- World Bank (17.06.2025): "World Bank Approves US\$30 Million to Support Financial Inclusion and Education in Yemen," <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2025/06/17/world-bank-approves-us-30-million-to-support-financial-inclusion-and-education-in-yemen> (accessed 08.09.2026).
- World Bank and International Monetary Fund (2026): Republic of Yemen: Joint World Bank-IMF Debt Sustainability Analysis, March 2026, Washington, DC: International Development Association and International Monetary Fund, <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099062326173021663/pdf/BOSIB-99545e67-a6bd-4772-ba39-1f41f5e46d59.pdf> (accessed 24.09.2026).
- WFP - World Food Programme (2026): Yemen Food Security Update, May 2026, <https://reliefweb.int/report/yemen/wfp-yemen-food-security-update-may-2026> (accessed 31.07.2026).

Über das Projekt, Danksagung und über DeepRoot

Über das Projekt

Diese Publikation ist Teil der ‚Yemen Policy Analyse‘-Serie, die gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und CARPO umgesetzt wird. Vor dem Hintergrund tiefgreifender politischer und sozioökonomischer Transformationen im Jemen unterstützt dieses Projekt die Entwicklung von Publikationen zu zentralen Fragen der Regierungsführung, nachhaltigen Konfliktlösung und wirtschaftlichen Stabilisierung mit einem Fokus auf die Gebiete unter Kontrolle der international anerkannten Regierung. Es kombiniert vertiefte Analysen aktueller Entwicklungen mit kurzen Briefing-Papieren, die kurzfristige politische Ereignisse einordnen, um realistische und umsetzbare Empfehlungen für deutsche und internationale Entscheidungsträger zu formulieren. Durch die Kombination aus Policy Briefs, kurzfristigen Analysen sowie begleitenden Expertengesprächen und Briefings trägt das Projekt dazu bei, das politische Bewusstsein in Deutschland und Europa für den Jemen zu stärken und fundierte politische Entscheidungsprozesse zu unterstützen.

Danksagung

Dieses Papier wurde von DeepRoot Solutions erstellt. DeepRoot dankt Rafat Al-Akhali (Mitgründer und Partner) und Saleh Fadhl (Policy Advisor) für ihre Beiträge zu Recherche und Ausarbeitung des Papiers. DeepRoot bedankt sich zudem bei CARPO und der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Unterstützung, Beratung und redaktionelle Begleitung während des gesamten Entstehungsprozesses.

Über DeepRoot Solutions

DeepRoot Solutions ist ein Unternehmen für nachhaltige Entwicklung, das fundierte lokale Kenntnisse mit internationalen Best Practices verbindet, um Gemeinschaften zu stärken und transformativen Wandel voranzutreiben. Geleitet von den Grundwerten Partnerschaft, Exzellenz, Integrität und Innovation arbeitet DeepRoot gemeinsam mit einer Vielzahl von Akteuren an der Entwicklung und Umsetzung von Lösungen für komplexe Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung. DeepRoot wurde 2016 gegründet und hat seinen Hauptsitz in Aden. Das Unternehmen ist im Jemen und darüber hinaus in der weiteren Region tätig und arbeitet in drei Leistungsbereichen – Advisory, Programme Solutions und Analytics – zu den Themen Frieden und Stabilität, Good Governance sowie wirtschaftliche Entwicklung.

